

Einmal wöchentlich, Ausgabezeit: für Mai 2 M. M. auschl. Postgebühren. Berechnung der Anzeigen nach West-Mark. Preise: Die eingetragene Beilage 30 S., 1. Familien- u. Vereinsausg., Beilage 20 S. Die Beilage-Reklameweile 30 mm breit, 1 M. Offsetdruckgebühren für Selbstabholer 20 S., bei Ueberlieferung d. d. Post außerdem Postzuschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Mark. Geschäftslicher Teil: Josef Johann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Aufträgen u. Bestellungen v. Schabenerlag. Für unentgeltlich u. d. Fernpost übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingekaufte u. mit Nachporto nicht verfehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptgeschäftlicher: Dr. Josef Albert, Dresden.

Sächsisches Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck- und Verlags: Saxonia-Verlagsdruckerei GmbH, Dresden-N. 10, Holbeinstr. 46, Telefon 12722, Postfach 14707

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden - N. 10, Holbeinstr. 46, Telefon 12722 und 14559

Die neue französische Kammer

Von Dr. Heinrich Mataja, Wien.

Bei den englischen Wahlen im Herbst 1923 war vor allem derjenige überrascht, der sie veranstaltet hatte: Der Ministerpräsident Baldwin. Das Ergebnis der französischen Wahlen dagegen hat die ganze Welt und Frankreich selbst in Erstaunen gesetzt, vermutlich sogar die Sieger vom 11. Mai. Auf einen Zuwachs der linken Stimmen war man gewiß vorbereitet. Doch dieser Zuwachs zu einer Niederlage der Regierungsmajorität führen würde, hat man nicht vorausgesehen.

Die politische Konstitution Frankreichs gleicht der österreichischen, deutschen und englischen nicht. In diesen Ländern sind es die politischen Parteien, die das politische Leben beherrschen und gestalten. Jeder Wähler, jeder Zeitungsleser verbindet mit den geläufigen Parteibezeichnungen irgendeinen Inhalt. Bei uns werden Parteien gewählt, die Personen kommen in zweiter Linie. In Frankreich wählt ein großer Teil der Stimmberechtigten keine Parteien. Bis zu jenen Augenblicken, in denen irgendeine Frage das französische Volk aufwühlt bis in seine Grundtiefen. Ein solches Ereignis war beispielsweise der Prozeß Dreyfus. Damals gab es in Frankreich nur Dreyfusisten und Anti-Dreyfusisten. Die beiden Weltanschauungen, die einander in Frankreich gegenüberstehen, die konservative und die umstürzlerische, fanden ihren Ausdruck, jene in der „action française“, diese in der radikalen Partei. Aber die „action française“ kann zu keiner ausschlaggebenden Bedeutung gelangen, weil der Royalismus und der Bonapartismus in Frankreich immer mehr in den Hintergrund treten. Die radikale Partei hat einen schweren Schlag erlitten durch den Sturz ihres damaligen Führers Caillois und das französische Parlament hat sich fast durchweg wieder in Personengruppen aufgelöst. Eine Partei ist die sozialistische Partei, aus der sich in der letzten Zeit eine Reihe sozialistischer und kommunistischer Gruppen bildeten. Die entscheidenden Gruppen, darunter sind die Einheitssozialisten und die Kommunisten.

Inbesondere der nationale Block, der seit den Wahlen des Jahres 1919 die Kammer beherrschte, hatte gar kein parteimäßiges Geheiß. Die Abgeordneten fanden sich in parlamentarischen Klubs zusammen, deren Namen nicht viel besagten und vielfach kaum unterscheidbare Ähnlichkeiten aufwiesen, wie z. B. die beiden Klubs der republikanischen Linken und der Linkenrepublikaner. Aber auch die Bezeichnung „Demokratische republikanische Vereinigung“ wird niemanden darüber aufklären, daß es sich um die größte sehr weit rechts stehende Gruppe des nationalen Blocks handelt, die nach ihrem Obmann Arago meist als Krugonins bezeichnet wurde. Ueberzeugungslose Katholiken gab es in einer Reihe dieser parlamentarischen Gruppen, wo sie mit den Wortführern der Linken zusammenfanden, und der von ihnen gewählte und unterstützte Ministerpräsident Poincaré konnte in offener Kammerstimmung erklären: „Ueber den Grundgedanken der Linken bedarf ich keiner Belehrung.“ Außerhalb des nationalen Blocks stand der katholische Demokrat Marc Sangnier, der nun leider auch nicht gewählt ist.

Man muß nachdrücklich konstatieren, daß der Impuls zur Ruhraktion nicht von der Kammer des Bloc National ausgegangen ist. In der Kammerdebatte vom 15. Dezember 1923 hat nur Leon Daudet, der Royalist und Ultranationalist, im Sinne einer Ruhrbesetzung gesprochen. Alle anderen haben abgemahnt, nicht nur Edouard Herriot, der Führer der radikalen Partei, sondern auch der beste Redner der französischen Kammer, Pierre Poincaré, der diesmal leider wegen seiner Krankheit nicht handhabbar war. Nach dem Scheitern der französisch-englischen Verhandlungen im Januar 1923 hat Poincaré die Ruhrbesetzung auf eigene Verantwortung unternommen und sich die Billigung der Kammer hinterher geholt. Die Ruhraktion war kein Erfolg, sie führte bald zu großer Enttäuschung. Man wollte ja produktive Pfänder und dieses Pfand trug nichts ein, kostete nur Geld. Als nach 7 Monaten der deutsche Widerstand zusammenbrach, zeigte sich, daß auch die Benützung über diese Niederlage Deutschlands, in der Paris auch eine Niederlage Englands erblickte, nicht ausreichte, um die finanziellen Verordnungen zu überländen und den Abgeordneten sowohl wie der Bevölkerung die Säcken der Steuerpolitik erträglich zu machen.

Schon in dieser Zeit wurde Poincaré aus den Kreisen des Bloc National der Vorwurf gemacht, daß er sich nicht ungewöhnlich und ausschließlich zur Führung des Bloc National bekenne. Poincaré begann mit großer Geschicklichkeit in seiner Außenpolitik einzufinden und sich im Parlament etwas nach links zu verschieben. Die radikalen Senatoren gelten als keineswegs so links gerichtet, wie die radikalen Deputierten. Und Herr Doumergue hat im Februar 1923 ein Beispiel dafür gegeben, als er entgegen dem Parteibeschluß auf Stimmhaltung der Ruhrbesetzung nicht nur zustimmte, sondern sogar den Antrag befürwortete, die Rede, die Poincaré zur Begründung der Ruhrbesetzung im Senat hielt, durch öffentlichen Aufruf an die Bevölkerung bekanntzumachen. Insbesondere war es bekannt, daß der radikale Senator Henri de Jouvenel, vordem Vertreter Frankreichs beim Völkerbund, die Politik Poincarés in ihren großen Zügen billigte. Vor wenigen Monaten führte eine mißglückte Abstimmung in der Kammer zu einer Umbildung des Kabinetts. Bei dieser Gelegenheit entfernte Poincaré einige seiner Minister und berief de Jouvenel, als Unterrichtsminister in die Regierung einzutreten. Damit war die Verschiebung nach links vollzogen, und zwar in einem solchen Ausmaß, daß Poincaré in der Kam-

Kritische Lage im Ruhrbergbau

Die Unterbindung der Notstandsarbeiten

Die Ausdehnung der Arbeitseinstellung

Ein Bericht der „Mittag“.

Bochum, 20. Mai. Durch die Ablehnung des Berliner Schiedspräsidenten auf den Ruhrkonferenzen der Bergarbeiter ist die Lage im Bochumer Bezirk sehr kritisch geworden. Auf seiner Seite sind die Bergarbeiter getrennt angefahren. Auf vielen Stellen bleiben die Arbeiter fern, die in der vergangenen Woche noch Notstandsarbeiten verrichteten. Auf verschiedenen Stellen wurden Arbeiter auch die Beamten gehindert, Notstandsarbeiten auszuführen.

Essen, 20. Mai. (Frankfurter) Die Kommunisten haben ihren Beschluß, die Notstandsarbeiten mit allen Mitteln zu unterbinden, nunmehr teilweise durchzuführen können. Aus allen Teilen des Sächsischen Bezirkes wird heute morgen berichtet, daß die Beamten und Arbeiter auf Verleitung der Arbeiter mit Gewalt verhindert wurden. Mehrere Bergwerke liegen heute früh aus dem Grund des Essener Meisters vor. Verschiedene Zäune und Überfallkommandos sind in voller Tätigkeit, ohne gegen die gewalttätige Menschenmenge etwas ausrichten zu können. Die Gefahr für die Grubendirektoren ist außerordentlich groß.

Paris, 20. Mai. Davos berichtet aus Düsseldorf: Am die Fortsetzung der Verhandlung der Entente und der Eisenbahngesellschaft mit Kohlenüberzeugten, hat die Eisenbahngesellschaft, einen Teil der den Ruhrgruben schuldigen Kohlenlager mit Verstoß zu belegen. Aus Frankreich werden Verhandlungsmannschaften herangezogen werden.

Die Parteien nach Berlin eingeladen

Berlin, 20. Mai. Es soll von Zuchsen ein Gutachten abgegeben werden über die Frage, welche Regelung der Arbeitseinstellung im Ruhrbergbau zu Recht besteht. Als Sachverständige für dieses Gutachten hat der Vorsitzende des vorläufigen Reichswirtschaftsrates die Herren Landgerichtsrat Dr. Dr. Lewer, Universitätsprofessor Dr. Kassel, Dr. Sindheimer und Dr. Huch, sowie Landgerichtsrat Dr. Gerstel vorgeschlagen.

Essen, 20. Mai. Der Reichsarbeitsminister hat zur Verteilung der Rechtslage im Ruhrkonflikt durch die Sachverständigen die Parteien für Mittwoch, den 21. Mai, nach Berlin geladen.

Essen, 20. Mai. In dem Schreiben des Reichsverbandes an den Reichsarbeitsminister, worin die Annahme des Berliner Schiedspräsidenten mitgeteilt wird, und zu dem auf dem Beschlusse abhängigen Ausschlag geben die vier Bergarbeiterverbände folgende Erklärung ab: Das Schreiben des Reichsverbandes kann an der Rechtslage, sowie an dem Beschluß der Konferenz der Nationen nichts ändern. Die Beschlüsse der Organisationen haben nach wie vor Geltung. Demnach besteht nach der Arbeitsordnung die im alten Tarifvertrag festgesetzte Arbeitszeit unter und über Tage. Die vier Bergarbeiterverbände.

Wittermeldungen aus Essen zufolge wird nach Mitteilungen aus Gewerkschaftskreisen die Zahl der ausgesperrten Arbeiter im Ruhrbergbau und in den anderen Industrie auf rund 600 000 geschätzt.

Die strittige Frage der Sanktionen

Die Mailänder Zusammenkunft eine wichtige Phase in der Entwicklung des Reparationsproblems

Das beste Kapital in der Geschichte der Reparationen

Paris, 20. Mai. Die der „Petit Parisien“ aus Rom meldet, hat der belgische Vorkonferenzen der Mailänder Verhandlungen beigewohnt. Er erklärte, die Zusammenkunft bedeute eine wichtige Phase in der Entwicklung des Reparationsproblems. Der Senator, Contarini, der Generalsekretär der Confesita, erklärte dem Vortage ebenfalls, die Mailänder Unterredung bilde ohne Zweifel das beste Kapitel in der Geschichte der Reparationen.

London, 20. Mai. Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel, es sei noch nicht klar, ob es Theunis und Symans gelungen sei, eine endgültige Vereinbarung über die strittige Frage der Sanktionen zu erreichen, die angewandt werden sollten, falls Deutschland sich weigere, die Bestimmungen des Sachverständigenplanes auszuführen. Auf jeden Fall scheint jedoch die Verlegung bezüglich der schließlichen Sanktionen verfrüht zu sein. Der Sachverständigenbericht selbst enthalte schon genügend Sanktionen. Die Durchsetzung des vollständigen Zusammenbruchs des ganzen Planes, wenn er nicht als Ganzes angenommen werde, sei für den Augenblick eine gebietliche Warnung, insbesondere im Lichte der bedenklichen Finanzlage Deutschlands. Jedenfalls scheine aber die Mailänder Zusammenkunft den Wunsch nach einer allgemeinen interalliierten Konferenz gestärkt zu haben. Macdonald habe sein Bestes getan, um eine friedliche Atmosphäre durch ein Gespräch mit Poincaré zu schaffen. Denn Poincaré sei immer noch das Haupt der französischen Regierung. Macdonald handle klug, wenn er seinen dauernden Wunsch bekräftige, mit Frankreich ohne Mißwirkung auf irgendwelche inneren Veränderungen zusammenzuwirken.

London, 20. Mai. Der diplomatische Berichterstatter der „Times“ schreibt, es könne jetzt bestimmt erklärt werden, daß die britische Regierung keine weiteren Verhandlungen mit Paris über die Frage des Darlehenplanes führen werde, bevor sich die neue französische Regierung im Sattel befindet. Die Erklärungen Herriots und Poincarés über ihr internationales Programm hätten in London einen günstigen Eindruck hervorgerufen. Sie zeigten eine ziemlich enge Verwandtschaft mit dem Geiste, der die Haltung Macdonalds und seiner Kollegen gegenüber den wichtigsten Fragen bestimmte.

Mailand, 20. Mai. Bei der zweiten Besprechung, die zwischen Theunis, Symans und Mussolini in der Präklausur stattfand, wurde ein amtlicher Bericht festgestellt, in dem es heißt:

Die belgischen Minister und der italienische Ministerpräsident stellen fest, daß die Reparationsfrage weiterhin eine ernste Quelle politischer, wirtschaftlicher und sozialistischer Krisen bleibt. Sie halten ihre unverzügliche Lösung durch Ausführung des Sachverständigenplans für notwendig, das die Grundlage für eine Verständigung darstellt, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung loyal die notwendigen Maßnahmen trifft und ausführt. Die Minister beschäftigen sich mit der Frage, die sich aus einer absichtlichen Verschlingung Deutschlands ergeben werde. Eine interalliierte Verständigung über diesen Punkt erschien ihnen möglich. Sie waren der Ansicht, daß die Einberufung einer interalliierten Konferenz wünschenswert sei, um die vorbereitete Verständigung zu vollenden. Die belgischen Minister und der italienische Ministerpräsident werden alles in ihrer Macht stehende tun, um unverzüglich zu einer Bewirkung des Sachverständigenplans zu gelangen. Sie erkennen auf jeden Fall an, daß die Frage der interalliierten Schulden auch weiterhin mit einer vollständigen und endgültigen Regelung des Reparationsproblems verbunden bleibt.

mer, mit der er noch einige Wochen zu arbeiten hatte, die Majorität behielt, gleichzeitig aber in der am 11. Mai zu wählenden Kammer, von der man eine mäßige Verschiebung nach links erwartete, die Mehrheit zu erreichen hoffte.

Es kamen die Wahlen. Die wichtigsten wahlwerbenden Gruppen sind die ganz rechtsstehenden Konservativen oder Unabhängigen, dann der eigentliche Kern des Nationalen Blocks, nämlich Republikaner und Linkenrepublikaner, ferner die zu Poincaré übergegangenen radikalen Dissidenten, endlich die Radikalsozialisten und die sozialistischen Republikaner (selbe bürgerliche Parteien), die Sozialisten und die Kommunisten. Das französische Wahlrecht ist im Prinzip Verhältniswahlrecht wie bei uns, aber wenn eine Liste die absolute Mehrheit erreicht, so werden ihr alle Mandate zugeteilt, die Gegner gehen leer aus. Erreicht keine Liste die absolute Mehrheit, so erhält die stärkste Liste jene Mandate, die nach der den Wahlquotienten entsprechenden Aufteilung übrigbleiben. Die wahlwerbenden Gruppen haben daher ein großes Interesse, sich untereinander auf gemeinsame Listen zu einigen, weil ihnen dann der Vorteil der stärksten Partei und die Chance der absoluten Mehrheit winkt. Im Jahre 1919 genoss der Nationale Block diesen Vorteil, während ihm die Linksparteien gesplittet gegenüberstanden. Diesmal haben sich Radikale und Sozialisten in sehr vielen Wahlkreisen zur gemeinsamen Liste des Linkskartells vereinigt, während die Rechte in drei und vier Gruppen gespalten

war. Die Bezeichnung der Listen ist eine Geheimsprache, vielfach erkennt man sie nur an den Personen. Die Kommunisten heißen Arbeiter- und Bauernblock — daneben gibt es moskauerfeindliche Kommunisten — die Anarchisten heißen Libertaires. Außerdem begegnen wir einer noch ärgeren und fruchtloseren Zersplitterung als bei den deutschen Reichstagswahlen vom 4. Mai und vielfach handhabten Personen derselben Gruppe gegeneinander. Auch führen die Listen der gleichen Gruppe in den verschiedenen Wahlkreisen verschiedene Namen. Daß Poincaré die Wahlschlacht verloren hat, steht außer Zweifel. Seine eigentlichen Gruppen samt den radikalen Dissidenten haben die Mehrheit nicht erreicht, und selbst wenn die Konservativen, um einer linksgerichteten Regierung auszuweichen, für ihn stimmen würden, die Radikalen, Sozialisten und Kommunisten würden ja doch höchstwahrscheinlich gegen ihn gemeinsame Sache machen, und alle drei Gruppen zusammen bilden sicher die Mehrheit der französischen Kammer. Welche Regierungsmajorität aber entstehen soll, ist noch nicht gewiß. An der Regierungsbildung wird in diesem Augenblick schon fieberhaft gearbeitet. Das Resultat läßt sich nicht voraussagen und könnte große Ueberraschungen bringen. So wie man den Deutschen Reichstag heute noch nicht beurteilen kann, so ist dies auch bei der französischen Kammer unmöglich. Es ist durchaus denkbar, daß sich erst beim Zusammentritt ein klares Bild der zukünftigen Haltung ergeben wird.